

Volkshilfe Sozialbarometer

Ergebnisse der FORESIGHT-Umfrage zum
Thema „Armut“

Wien, Oktober 2026

Hinweise zur Studie

Für den Volkshilfe Sozialbarometer führt FORESIGHT mehrmals jährlich eine repräsentative Befragung zu aktuellen sozialpolitischen Themen durch.

Die vorliegende Studie zum Thema „Armut“ beruht auf 1.000 face-to-face Interviews österreichweit mit Personen ab 15 Jahren (Feldzeit von 02.09.2026 bis 05.10.2026).

Die Daten wurden gewichtet nach Alter, Geschlecht, Region, Wohnortgröße, Bildung, Personen im Haushalt und Berufstätigkeit. Somit entstehen aus diesen Daten repräsentative Aussagen über die österreichische Bevölkerung. Die maximale Schwankungsbreite für die dargestellten Ergebnisse liegt bei +/- 3,1%.

Ergebnisse

Die repräsentative Befragung zum Thema Armut in Österreich im September 2026 ergab folgendes Ergebnis.

Mehrheit lehnt fehlende Teuerungsanpassung von Familienleistungen ab

Mehr als sechs von zehn Befragten (61%)¹ äußern sich ablehnend gegenüber der budgetpolitischen Maßnahme, die Familienleistungen (bspw. Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld) in den nächsten zwei Jahren erneut nicht an die Teuerung anzupassen (siehe Abbildung 1). Ältere Menschen (ab 65 Jahren) sprechen sich mit 72% noch häufiger gegen die fehlende Teuerungsanpassung von Familienleistungen aus als andere Altersgruppen.

Bekämpfung von Kinderarmut und eine solide soziale Absicherung durch eine Kindergrundsicherung sind zentrale Anliegen der Bevölkerung in Österreich

Hohe Zustimmung zeigt sich dagegen mit Blick auf die Bekämpfung von Kinderarmut und eine solide soziale Absicherung von Kindern. Angesichts der aktuellen Zahlen von 395.000 armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Kindern und Jugendlichen in Österreich, stufen mehr als drei Viertel der Befragten (76%) das Ziel der Regierung, die Kinderarmut in Österreich bis 2030 zu halbieren, als sehr wichtig ein (siehe Abbildung 1). Junge Menschen bis 29 Jahre (83%) sowie Befragte mit Pflichtschulabschluss (87%) äußern sich besonders häufig zustimmend.

Der Zuspruch zu einer soliden sozialen Absicherung für Kinder äußert sich darüber hinaus in der jeweils hohen Zustimmung zu Maßnahmen zur Unterstützung armutsbetroffener oder -gefährdeter Kinder. Vor dem Hintergrund, dass viele Menschen, die Anspruch auf Sozialhilfe haben, diese aus unterschiedlichen Gründen nicht abholen (z.B. zu komplizierter Antrag, Scham), stimmen 73% der Befragten der Absicherung aller Kindern durch eine Kindergrundsicherung zu (siehe Abbildung 1). Die hohe Zustimmung zeigt sich dabei in sämtlichen Altersgruppen. Menschen mit einem geringen Haushaltseinkommen (bis 1.750€) sowie jene mit höchstens Pflichtschulabschluss

¹ In der folgenden Darstellung werden die Kategorien „ja“ und „eher ja“ sowie „nein“ und „eher nein“ zusammengefasst.

äußern sich mit jeweils mehr als acht von zehn Befragten (83%) besonders häufig zustimmend.

Analog dazu wird auch die Einführung einer zusätzlichen finanziellen Unterstützung für die Kinder von Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit nur ein geringes Einkommen haben, von einer breiten Mehrheit von 79% unterstützt (siehe Abbildung 1). Die hohe Zustimmung zeigt sich dabei in sämtlichen Alters- und Einkommensgruppen. Menschen mit einem tertiären Bildungsabschluss äußern sich dagegen seltener (63%) zustimmend.

Zusammengenommen zeigt sich, dass die Halbierung von Kinderarmut bis zum Jahr 2030 als prioritäres Ziel der Regierung im Jahr 2026 zwar vergleichsweise seltener geäußert wird - 2025 erhielt sie 91% Zustimmung -, aber nach wie vor die Unterstützung einer deutlichen Mehrheit findet. Der Wunsch nach einer besseren sozialen Absicherung für Kinder und Jugendliche spiegelt sich darüber hinaus in der breiten Zustimmung für konkrete Maßnahmen in diesem Bereich wider.

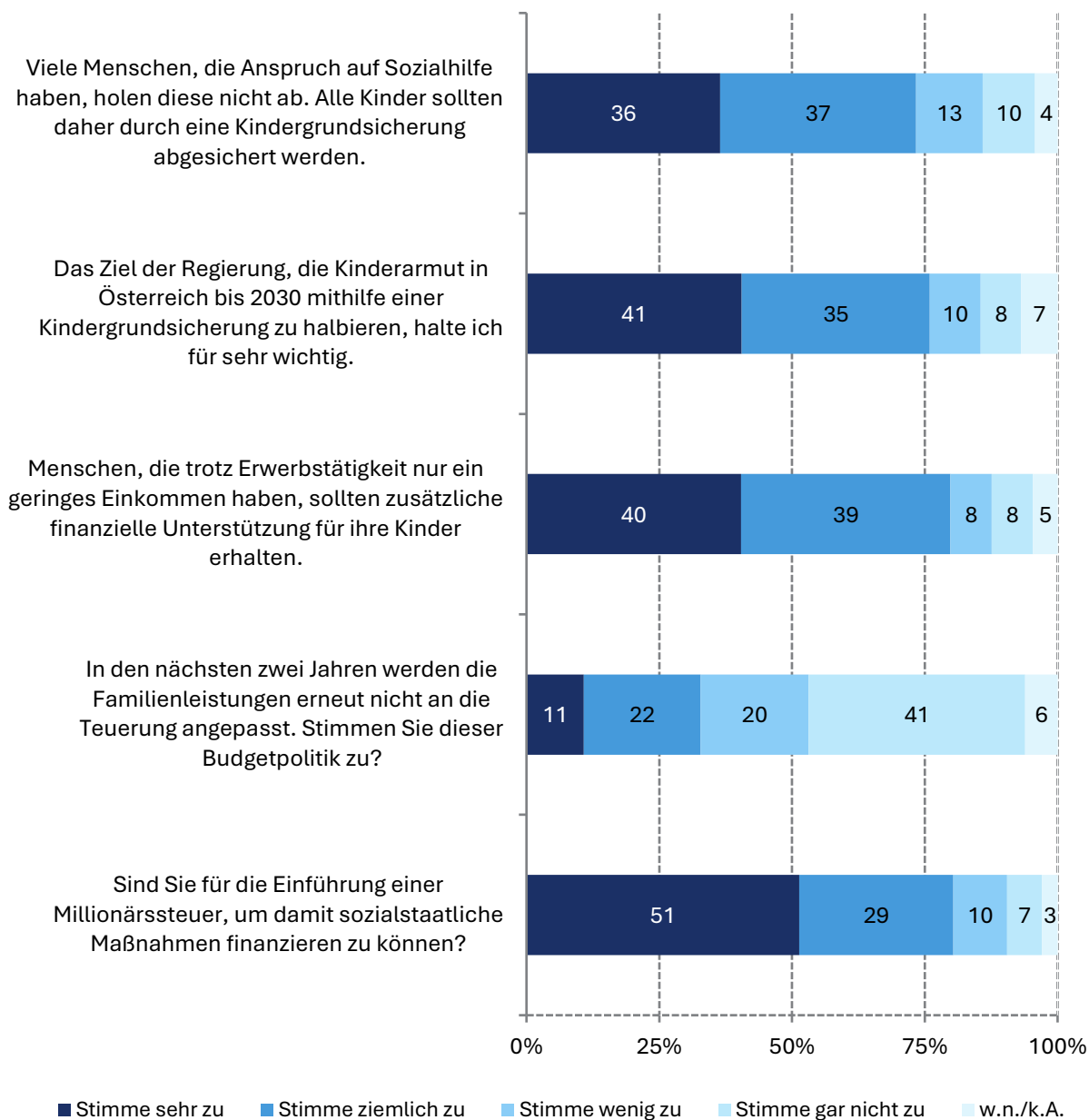
Deutliche Mehrheit befürwortet Einführung einer Millionärssteuer, zur Finanzierung sozialstaatlicher Maßnahmen

Erneut zeigt sich ein hoher Zuspruch zu einem höheren Beitrag hochvermögender Menschen zum Sozialstaat in Österreich. Eine deutliche Mehrheit von 80% der Befragten spricht sich für die Einführung einer Millionärssteuer aus, um damit sozialstaatliche Maßnahmen finanzieren zu können (siehe Abbildung 1). Hier zeigt sich eine anhaltend hohe Zustimmung: so haben bereits im Jahr 2024 acht von zehn Befragten diese Maßnahme befürwortet.² Auch die Besteuerung großer Erbschaften (ab einer Million Euro) als Beitrag zur Sanierung des Budgetdefizits fand im Jahr 2025 mit 68% Zustimmung breite Unterstützung.³

Mit mehr als neun von zehn Befragten (93%) ist die Zustimmung bei Menschen mit einem geringen Haushaltseinkommen (bis 1.750€) besonders hoch. Außerdem sprechen sich Befragte mit Lehrabschluss häufiger für die Einführung einer Steuer auf große Vermögen aus (88%), wohingegen jene mit einem tertiären Bildungsabschluss (65%) sowie jüngere Menschen bis 29 Jahre sich seltener zustimmend äußern.

² Sozialbarometer Kinderarmut 2024: https://www.foresight.at/fileadmin/user_upload/pdf/2024_Volkshilfe-Sozialbarometer-Kinderarmut-2024.pdf

³ Sozialbarometer Armut 2025: https://www.volkshilfe.at/wp-content/uploads/2025/10/FORESIGHT-Volkshilfe-Sozialbarometer-2025-Ergebnisse_Armut.pdf

Abbildung 1: Aussagen zum Thema Armut⁴


⁴ Geringfügige Abweichungen von Sollwerten (z.B. 99 % oder 101 % statt 100 %) sind auf Rundungseffekte zurückzuführen.

Fragen im Wortlaut

- Viele Menschen, die Anspruch auf Sozialhilfe haben, holen diese aus unterschiedlichen Gründen nicht ab (z.B. zu komplizierter Antrag, Scham). Alle Kinder sollten daher durch eine Kindergrundsicherung abgesichert werden.
- 395.000 Kinder und Jugendliche sind in Österreich derzeit armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Das Ziel der Regierung, die Kinderarmut in Österreich bis 2030 mithilfe einer Kindergrundsicherung zu halbieren, halte ich für sehr wichtig.
- Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit nur ein geringes Einkommen haben, sollten zusätzliche finanzielle Unterstützung für ihre Kinder erhalten.
- In den nächsten zwei Jahren werden die Familienleistungen (bspw. Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld) erneut nicht an die Teuerung angepasst. Stimmen Sie dieser Budgetpolitik zu?
- Im internationalen Vergleich leisten Superreiche in Österreich kaum einen finanziellen Beitrag zum Steueraufkommen. Sind Sie für die Einführung einer Millionärssteuer, um damit sozialstaatliche Maßnahmen finanzieren zu können?

- 2025: 344.000 Kinder und Jugendliche sind in Österreich aktuell armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Das Ziel der Regierung, die Kinderarmut in Österreich bis 2030 zu halbieren, halte ich für sehr wichtig.
- 2025: Österreich steht die nächsten Jahre vor einem Minus im Budget. Ich bin für die Einführung einer Steuer auf große Erbschaften ab einer Million Euro als Beitrag zur Sanierung des Budgetdefizits.